

V-1 Ausbildung statt Abschiebung - Perspektive Berlin

Antragsteller*in: Hanno Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedenes

Antragstext

1 Das Recht auf Bildung ist ein zentrales Gut, das allen Kindern und Jugendlichen
2 gleichberechtigte Bildungschancen gewährleistet und in der Verfassung verankert
3 ist. In Berlin kommen unbegleitete geflüchtete Jugendliche an, die lange
4 Wartezeiten in Einrichtungen ohne Beschäftigung und Informationen zu ihren
5 Perspektiven verbringen müssen. Die Jugendlichen sind hoch motiviert und viele
6 verfügen über eine mittelschulische Allgemeinbildung; für Jugendliche ohne einen
7 Schulabschluss in ihren Heimatländern und ab einem Alter von 16. Jahren ist der
8 Zugang sowohl zu Allgemeinschulen als auch zu Oberstufenzentren oft erschwert.
9 Wie die schulische ist auch die berufliche Bildung für geflüchtete Jugendliche
10 entscheidend für ihre erfolgreiche Teilhabe und Integration/ Teilnahme in der
11 Gesellschaft. Gleichzeitig stellen sie eine Chance für Berlin dar, wenn sie als
12 Auszubildende, Nachwuchsfachkräfte und Mitbürger:innen einen schnellen Zugang
13 zum Bildungssystem bekommen. Gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich oder bei
14 den energie- und klimarelevanten Berufen stellt der zunehmende Fachkräftemangel
15 eine ernste gesellschaftliche Herausforderung dar.

16 1. Wir fordern nach der sofortigen Ersterfassung der Jugendlichen bei der
17 Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) die Gewährleistung einer
18 umfassenden Betreuung der Jugendlichen durch die Träger der Jugendhilfe/
19 Hilfen zur Erziehung und schnellere Verfahren für die Alterseinschätzung,
20 damit die Jugendlichen so schnell wie möglich den für sie geeigneten
21 Zugang zum Bildungssystem bekommen. Dafür soll eine Task Force bei der
22 Senatsjugendverwaltung eingerichtet werden, um die Clearingsmaßnahmen
23 sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Teilhabe von unbegleiteten
24 geflüchteten Jugendlichen in den Bildungs- und Berufsweg steuert und
25 regelmäßig überprüft. Die Möglichkeit, Maßnahmen und später Prüfungen ggf.
26 in der Herkunftssprache oder auf Englisch mitzumachen bzw. abzulegen, muss
27 mit den zuständigen Stellen geprüft werden.

28 2. Wir sehen die Notwendigkeit, die Nutzung von Werkstätten in
29 Ausbildungszentren und Oberstufenzentren für geflüchtete Jugendliche auch
30 außerhalb der Geschäftszeiten zu ermöglichen, um ihnen z. B: über
31 Teilqualifikationen oder Einstiegsqualifikationen in Ergänzung von

32 vorhandenen Maßnahmen von Trägerorganisationen den Einstieg in die
33 berufliche Bildung zu erleichtern.

34 3. Die Geflüchteten brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus,
35 ausbildungsbegleitende Sprachkurse und schnellere Anerkennung ihrer
36 vorhandenen Qualifikationen. Wir wollen Unternehmen motivieren und
37 unterstützen, die geflüchtete Jugendliche als Auszubildende aufnehmen oder
38 die Vorbereitung für eine Ausbildung begleiten. Dies kann beispielsweise
39 durch finanzielle Anreize, Förderprogramme oder Beratungsangebote
40 geschehen. Viele Betriebe haben aber auch noch großen Nachholbedarf bei
41 den Themen Antidiskriminierung und Diversity. So müssen gerade KMU noch
42 vertiefter über vorhandene Möglichkeiten in den Bezirken informiert
43 werden.

Begründung

Auf Grund von Abstimmungsfragen zum Antrag stelle ich als Co-Sprecherin der LAG Bildung folgenden Antrag.

Unterstützer*innen

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tonka Wojahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow), Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei)